



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar

Donaueschingen, den 10. Dezember 2018

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2019

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die aktuellen Haushaltsplanberatungen verliefen zügig und ohne erschöpfende Diskussionen. Mit dieser „Leichtigkeit“ der Beratungen haben wir mittlerweile ja schon eine gewisse Routine, weil in den vergangenen Jahren die finanziellen Rahmenbedingungen durchgängig gut waren und weil sie bei genauer Betrachtung sogar jedes Jahr noch etwas besser wurden. Ein möglicher Gradmesser für die entstandenen kommunalen Spielräume ist die Steuerkraftsumme der Gemeinden im Schwarzwald-Baar-Kreis, die allein von 2016 bis heute um über 50 Mio. €/a oder mehr als 20% angestiegen ist. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass auch der Landkreis eine Vielzahl von Projekten angehen kann, ohne dass der Rotstift die dominante Rolle spielt oder in den Gremien stets heftige Verteilungskämpfe stattfinden.

Hohe Einnahmen, umfassende Konzepte zu verschiedensten Themen sowie zahlreiche Sanierungs- und Neubauprojekte haben mittlerweile eher das Problem ergeben, die vielen Projekte sicher auf Kurs zu halten. An die 2 Prozent Wirtschaftswachstum, eine Arbeitslosenquote im Landkreis deutlich unter dem Landesdurchschnitt und immer noch reichlich vergebene günstige Kredite führen dazu, dass der Konjunkturkessel unter Voll-dampf steht. Das hohe Tempo und die hohe Belastung aller Beteiligten führen an vielen Stellen aber zu Verzögerungen infolge Kapazitätsproblemen, zu qualitativen Einbussen und nicht zuletzt auch zu Mehrkosten und Risiken. Doch dazu später etwas mehr.

Zunächst einmal ist es nämlich höchst erfreulich, dass neben den permanent notwendigen kleineren Erhaltungsmassnahmen auch wieder umfassende Projekte, insbesondere im Schulbereich, realisiert werden können. Dazu gehören verschiedene Dach-, Fassaden-, Fenster- und Heizungssanierungen, Erneuerungsmassnahmen in der Karl-Wacker-

und der Carl-Orff- Schule und nicht zuletzt auch in den Gewerblichen Schulen Donaueschingen die Einrichtung einer weiteren „Lernfabrik 4.0“ (an dieser Stelle heben die Schulpsychologen normalerweise den Zeigefinger). Im Schulbereich handelt es sich im Jahr 2019 immerhin um ca. 4 Mio. € Investitionssumme, deren Realisierung durch erhebliche Zuschüsse erleichtert werden. Daneben erfolgt in anderen Aufgabenbereichen die Planung für eine neue Salzhalle auf dem Neueck, die Finanzierung einer 1. Rate für die Katastrophenschutzhalle in Hüfingen und die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Umbau des Postgebäudes in Villingen zu einer Aussenstelle des Landratsamts. Allen diesen Projekten ist gemein, dass die Investitionen in Zeiten von Kapazitätsengpässen im Baubereich stattfinden und deshalb mit einem deutlich erhöhten Preisniveau gerechnet werden muss. Deshalb ist es unerlässlich, dass alle Planungen sehr solide abgefasst und auch rechtssicher ausgeschrieben werden. Dies gilt insbesondere beim Postgebäude, wo uns bereits die bisher prognostizierte Kostensteigerung nicht gerade gefallen hat.

Die überhitzte Konjunktur hat jedoch nicht nur im Hochbaubereich, sondern auch bei den Strassenbauinvestitionen ihre Schattenseiten. Nach unserer Einschätzung ist an vielen Stellen mangelnde Qualität festzustellen. Damit diese Behauptung nicht im luftleeren Raum stehen bleibt, möchte ich zum einen die jüngst fertiggestellte Schellenbergbrücke und hierbei insbesondere den dortigen Gehwegbereich ansprechen. Zum anderen und ganz aktuell aber auch die B27-Umgehung Behla im nördlichen Anschlussbereich. Auch wenn die letztgenannte Baumassnahme nicht den Kreishaushalt betrifft, ist sie ein Stück weit typisch für die derzeitigen Arbeitsergebnisse. Die dortige Bitumendeckschicht gleicht nach unserem Eindruck mehr einer Buckelpiste als einer neuen Strasse. Generell besteht derzeit jedenfalls bei Brücken- und Strassenbauten ein erhöhtes Risiko, dass man für „teures Geld“ keine entsprechende Qualität bekommt und wir appellieren deshalb an die Verwaltung, bei Abnahme und Abrechnung sehr genau hinzusehen.

Noch kritischer kann es dann bei Projekten werden, die fast ausschliesslich von Dritten betreut oder unter massgeblicher Leitung Dritter durchgeführt werden, da dann der unmittelbare Einblick und die direkte Reaktionsmöglichkeit fehlen. Als durchaus gewichtiges Beispiel für diese Projekt категорie möchte ich die Elektrifizierung der östlichen Höllentalbahn mit im Jahr 2019 vorgesehenen Haushaltsmitteln in Höhe von 6,125 Mio. € nennen. Die Rückmeldungen aus dem Projekt waren in letzter Zeit stets positiv oder auch öfters mit dem Vermerk „kein neuer Sachstand“ versehen. Genau dies führt bei uns jedoch zu ziemlicher Unruhe. Wir können uns beim besten Willen nicht vorstellen, dass ein derartiges Grossprojekt ohne wesentliche Änderungen und Nachträge während der heißen Bauphase vorangebracht wird. Wir vermuten hier zumindest ein Kommunikations- bzw. Informationsdefizit und appellieren an die Verwaltung, bei den Projektpartnern und ausführenden Firmen nachdrücklich den aktuellen Sachstand abzufragen. Dabei muss von den Projektverantwortlichen z.B. glaubhaft dargelegt werden können, wann welche neuen

Erkenntnisse bestanden, welche Alternativen bei notwendigen Änderungen geprüft wurden und ob die Beauftragung zusätzlicher Leistungen gfls. gemäss den vergaberechtlichen Regelungen erfolgt ist. Bitte nehmen Sie diese Anregung sehr ernst.

Eine weitere Anmerkung zum Themenbereich „Bau“ betrifft die richtige Schwerpunktsetzung. Wir haben teilweise mit Skepsis verfolgt, wo und unter welchen Randbedingungen in den vergangenen Jahren Radwege gebaut wurden. Unsere entsprechende Kritik, dass mehr auf sogenannte Synergieeffekte als auf die Belange des Radverkehrs geachtet wurde, dürfte Ihnen noch geläufig sein. Leider findet die etwas unglückliche Auswahl von neuen Radwegtrassen mit dem Teilstück zwischen Aasen und dem Öschberghof ihre Fortsetzung. Die Kosten-Nutzen Relation ist hierbei schlecht. Eine etwas optimistischere Einschätzung haben wir derzeit für die geplante „regionale“ Verbindung im Bereich der K5724 / K5531 zwischen St. Georgen und Hardt. Doch auch in diesem Fall wird erst eine detaillierte Vorstellung des Projekts zeigen, ob das Vorhaben für den Gesamt- wie auch für den Radverkehr sinnvoll und verhältnismässig ist.

Wenn es um Bauprojekte und deren Finanzierung geht, möchte ich als letzten Punkt noch das Glasfasernetz und den „Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar“ ansprechen. Der Bau des „Backbone“ ist ja weitgehend abgeschlossen und die weitere Erschliessung verlagert sich baulich und finanziell stark in die Gemeinden hinein. Da der „Zweckverband Breitbandversorgung“ aber auch in diesem Bereich beratend, organisatorisch und nicht zuletzt auch finanziell tätig ist, haben die solide Bauabwicklung, die exakte Baukostenabrechnung, aber auch die Verwaltung und Verrechnung des laufenden Betriebs einen hohen Stellenwert. Neben unserer bereits in der Vergangenheit formulierten Kritik an der baulichen Abwicklung kommen aktuell neben diversen anderen Punkten noch die fehlenden Jahresabschlüsse hinzu. Wir müssen sicherstellen, dass dieses Grossprojekt trotz des Zeitdrucks und der beschränkten Personalkapazitäten, trotz der Vielzahl von Beteiligten und trotz vieler nicht ortsansässiger Auftragnehmer solide bauliche sowie belastbare finanzielle Resultate ergibt.

Entgegen der üblichen Vorgehensweise möchte ich an dieser Stelle vom Finanzhaushalt und den baulichen Projekten zurück zum Ergebnishaushalt kommen. Zunächst einmal ist festzustellen, dass die Aufwendungen im Ergebnishaushalt mit einem Gesamtbetrag von über 260 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (trotz einiger gegenläufiger Sondereffekte) wiederum angestiegen sind. Der Anteil der Personalaufwendungen liegt dabei im Planentwurf bei einem Anteil von ca. 20% oder etwa 52 Mio. €. Der Umfang der Personalkosten ist aus unserer Sicht angemessen und wir halten diesen angesichts des bestehenden Aufgabenspektrums für nachvollziehbar. Dies gilt auch für entsprechende Stellenmehrungen

beispielsweise im Bereich der Eingliederungshilfe oder auch für Details wie die Finanzierung der zusätzlichen Stelle beim Landschaftserhaltungsverband oder die zuletzt im Verwaltungsausschuss beschlossene Mehrstelle im Bereich der Bussgeldbehörde.

Der Anteil der sozialen Sicherung am Ergebnishaushalt beträgt brutto mehr als 150 Mio. € und netto immerhin knapp 100 Mio. €. Hier gibt es finanziell einige erfreuliche Entwicklungen, beispielsweise im Bereich Wohngeld für Arbeitslosengeld II-Empfänger, wo der Landkreis von weiteren Kosten entlastet wird. Ähnliches gilt für den Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes, wo das Land für geduldete Flüchtlinge Zahlungen an den Landkreis leisten wird. Beim Thema Bundesteilhabegesetz und Eingliederungshilfe können wir den Unmut der Verwaltung nachvollziehen. Erfreulicherweise wurden vom Bund zwar deutlich höhere Zuschüsse geleistet, diese kommen aber über erhöhte Umsatzsteueranteile vorwiegend den Gemeinden und damit nicht dem eigentlichen „Kostenträger Landkreis“ zugute. Deutliche Probleme bei der absehbaren Kostenentwicklung gibt es beispielsweise im Bereich der Jugendhilfe, wo schon längere Zeit überdurchschnittliche Kostensteigerungen zu verzeichnen sind. Auch im Bereich „Hilfe zur Pflege“ sind infolge neuer gesetzlicher Standards in Pflegeheimen, einem verbesserten Pflegeschlüssel und weiteren Faktoren deutliche Kostensteigerungen zu erwarten. Ich möchte im Namen unserer Fraktion an dieser Stelle aber betonen, dass wir trotz aller Kostendiskussionen durchaus die Zielkonflikte und Notwendigkeiten im Bereich der „Sozialen Sicherung“ sehen. Zu der Grundproblematik gehört, dass vielen Betroffenen schlicht die finanzielle Basis fehlt. Hinzu kommt in vielen Fällen, dass die eigenständige Lösung von Problemen vollkommen unmöglich ist. In Kombination mit generell höheren Standards, steigenden Fallzahlen (beispielsweise infolge der demografischen Entwicklung) sowie der zunehmenden Notwendigkeit, dass auch die Arbeit im sozialen Bereich anständig bezahlt werden sollte, ergibt sich bei den Kosten eine hohe Dynamik. Im Grunde genommen laufen dabei viele gesamtgesellschaftliche Entwicklungen einer fundamentalen Verbesserung zuwider. Dennoch hoffen wir, dass die bisherige Entwicklung durch verschiedene Massnahmen, (angefangen von den „frühen Hilfen“ über Programme im Sinn von „ambulant vor stationär“ bis zum Projekt „Alter und Technik“) zumindest mittelfristig positiv beeinflusst werden kann. Darüber hinaus wird es zukünftig aber vor allem darauf ankommen, dass die gesellschaftliche Divergenz gestoppt, die ungerechte Einkommensentwicklung mit ihren negativen Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme beendet und generell der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder gestärkt wird. Wir werden es nämlich dauerhaft nicht schaffen, den Reparaturbetrieb im Landkreis aufrecht zu erhalten, wenn sich an gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Ursachen der Hilfsbedürftigkeit nichts ändert. Klar ist, dass dieser Prozess auf vielen Ebenen angestossen und auch umgesetzt werden muss. In Zeiten von hohen Wachstumsraten mag der Veränderungsdruck dazu nicht allzu gross sein. Wenn aber „die Zeiten“ schlechter werden sollten und dann ein erhöhter Hilfebedarf auf verringerte Einnahmen trifft, wird guter Rat teuer sein.

Wir hatten in den vergangenen Jahren ja das Glück, dass die gute wirtschaftliche Entwicklung uns in die Lage versetzt hat, sehr deutlich die vorhandenen Schulden zu reduzieren. Wir haben den Schuldenabbau immer nachhaltig unterstützt, zumal die anderen Gesichtspunkte wie generationengerechtes Handeln und zukunftsgerichtete Investitionen parallel dazu möglich waren. So konnten gerade im Bildungsbereich wichtige Projekte realisiert werden, die jetzt beispielsweise mit der Digitalisierungsoffensive fortgesetzt werden. Auch im Bereich Natur- und Tierschutz wurden mit dem Start des Naturschutzgrossprojekts, mit der Einweihung des Kreistierheims oder mit dem bevorstehenden Baubeginn des Aueparks an der Donau deutliche Fortschritte erzielt. Die bisher erzielten Erfolge dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass weitere grosse Aufgaben anstehen. Ich möchte deshalb exemplarisch einige Bereiche ansprechen, die aus unserer Sicht Aufmerksamkeit und grosse Anstrengungen erfordern:

Ringzug und Ringzugerweiterung:

Hier stehen mittelfristig nicht nur Vertragsverhandlungen mit dem Land zum Weiterbetrieb an, sondern die Strecken Villingen – Rottweil und Hüfingen – Bräunlingen müssen dringend elektrifiziert werden. Weiterhin muss auch die denkbare Ringzugerweiterung nach St. Georgen diskutiert und entschieden werden. Ein umsteigefreier Metropolexpress von Villingen nach Stuttgart sehen wir aber aus verschiedenen Gründen eher als schwer umsetzbar an. Klar ist, dass insgesamt grosse technische, finanzielle und organisatorische Probleme gelöst werden müssen. Grundsätzlich befürworten wir dabei die vom Landrat anskizzerte Vorgehensweise. Ein intensiver Diskussionsprozess muss aber baldmöglichst gestartet werden, um nicht wegen externer Terminvorgaben vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

Nahverkehrsplan und VSB:

Der Nahverkehrsplan liefert die Grundlage zur Neuorganisation des ÖPNV im Landkreis. Daneben wird es aber infolge der veränderten Zuschusssituation bzw. der notwendigen neuen Einnahmeaufteilung innerhalb des VSB grosse Veränderungen geben. Wir erwarten, dass dieser Prozess vom VSB endlich angegangen wird und dass die Diskussion transparent für den Kreistag stattfindet. Zudem sollten vom Kreistag auch die langfristigen Perspektiven im organisatorischen Bereich des ÖPNV weiter vorangetrieben werden.

Atomendlager und Flughafen Zürich:

Wegen dieser exterritorialen Anlagen erscheinen wir hier nur mittelbar betroffen. Dies täuscht aber massiv über die wahre Problematik hinweg. Beide Prozesse sind kritisch für die weitere Entwicklung unserer Region. Insbesondere das Atomendlager ist in vieler Hinsicht ein Damoklesschwert, das wir nicht für einige Franken Kompensationszahlungen dauerhaft über unserem Kopf dulden sollten. Unsere Fraktion tendiert hier – nicht zuletzt

wegen der vorgesehenen Konditionierung in der sogenannten „Heissen Zelle“ der Oberflächenanlage - zu einer fundamentalen Ablehnung, um den Druck auf die Atomkraftbetreiber und die NAGRA für eine weniger gefährliche Lösung zu erhöhen.

Artenschutz:

Beim Amphibienschutz sind viele Defizite schon in der Vergangenheit deutlich geworden. In den letzten Jahren sind zusätzlich weitere Entwicklungen wie das Bienensterben eingetreten, die das Artensterben insgesamt auch in unserer Region in das Bewusstsein der Bevölkerung gebracht haben. Im Rahmen seiner eigenen Naturschutzstrategie und bei allen tangierenden Planungen sollte deshalb der Landkreis hier bestmögliche Lösungen suchen. Dies kann aus unserer Sicht beispielsweise auch den Erwerb von ökologisch hochwertigen Flächen für den Naturschutz bedeuten.

Klinikum und Gesundheitsversorgung:

Das Zentralklinikum, das mittlerweile auf mehr als 5 Jahre Betrieb zurückblicken kann, sieht sich aktuell mit neuen gesetzlichen Regeln konfrontiert, die das bisherige DRG - Gefüge bei Kosten und Erlösen unter Umständen deutlich verändern werden. Insbesondere das Pflegepersonaluntergrenzengesetz ist dabei ein Instrument, dass hocheffiziente Häuser mit einer Vielzahl von spezialisierten Tätigkeiten im Bereich der patientennahen Leistungen vor grosse finanzielle Herausforderungen stellt. Auch bei den niedergelassenen Ärzten gibt es leider noch keine Trendumkehr, so dass auch die Hausarztversorgung in der Fläche in den kommenden Jahren weiterhin vor einer unsicheren Zukunft steht. Sowohl im stationären wie auch im niedergelassenen Bereich müssen damit vom Landkreis noch dicke Bretter gebohrt bzw. Dritte (beispielsweise die Kassenärztliche Vereinigung) zum aktiven Handeln gebracht werden.

Abfall- und Kreislaufwirtschaft:

Hier ist eine gewisse Stagnation festzustellen. Lediglich im Verbotsbereich ergeben sich im Bereich der Plastiktüten geradezu revolutionäre Entwicklungen. In allen anderen Bereichen ist die Entwicklung aufgrund bundespolitischer Vorgaben oder externer Randbedingungen eher schleppend. Die Einführung der Wertstofftonne als Ablösung für den gelben Sack verschiebt sich immer weiter und im Bereich der Verwertung werden i.d.R. eher die bestehenden Prozesse fortgeschrieben. Beispielsweise wäre aus unserer Sicht im Bereich der Biomüllverwertung noch eine deutlich höhere Stoff- und Energieausbeute denkbar.

Freiwillige Leistungen:

Hier freuen wir uns, dass das Biathlonzentrum in Schönwald vom Landkreis unterstützt werden soll. Aber auch kleine Dinge wie der erhöhte Zuschuss an die „Wärmestube“ in Schwenningen oder das Projekt „Kleindenkmale“ sind Punkte, die dem Landkreis gut anstehen. Wir freuen uns sehr, dass wir bei den freiwilligen Leistungen diesen Gestaltungsspielraum nutzen können.

Einnahmeansätze erhöhen:

Das ist eine beliebte Spielweise bei den Haushaltsberatungen, die beispielsweise bei der Grunderwerbssteuer oder auch bei der Zulassungsstelle zu höheren Einnahmeansätzen führt. Ob das wirklich so kommen wird, weiß man aber erst am Ende des Jahres. Wir tendieren hier grundsätzlich eher zu vorsichtigen Ansätzen. Den Ausbau der Geschwindigkeitsüberwachung können wir übrigens inhaltlich mittragen, auch wenn hier nicht der Einnahmeaspekt im Vordergrund steht. Es gibt aber einen anderen Einnahmeansatz, der in der Regel nie besonders offensiv aus den Reihen des Kreistages erhöht wird:

Die Kreisumlage:

Erlauben Sie mir deshalb bitte noch einen kurzen Exkurs zu diesem Thema. Die Kreisumlage hat eine fiskalische und eine Verteilungsfunktion und ist im Übrigen auch nicht die einzige Abgabe mit so einer Zielrichtung. Schauen Sie sich bitte mal die primäre Steuerkraft unserer Kreisgemeinden (d.h. die Grundsteuern und die Gewerbesteuer) an. Da gibt es Steuerkraftunterschiede zwischen den Gemeinden von weit mehr als 500 % oder fast 1.000 € pro Kopf. Kommen dann die Finanzzuweisung nach §29a FAG und die Gemeindesteueranteile von Einkommens- und Umsatzsteuer als Ausgleichsmasse hinzu, verringern sich die Unterschiede zwischen unseren Gemeinden auf nur noch 230%. Werden dann auch noch die Schlüsselzuweisungen nach §5 FAG berücksichtigt, ist am Schluss der Unterschied in der Steuerkraftsumme pro Kopf auf ca. 140 % oder maximal 489 €/EW abgesunken. Dann kommt der Landkreis. Der Landkreis nimmt Aufgaben für alle Kreisgemeinden wahr, schafft flächendeckend Infrastruktur und bietet zudem auch Dienstleistungen in allen Bereichen des Landkreises an. Wer da etwas Schlechtes darin sehen möchte, muss eigentlich den Eindruck haben, dass die Kreisleistungen der eigenen Gemeinde zu wenig zugutekommen. Das dürfte bei realistischer Betrachtung in der Regel aber nicht der Fall sein. Ich möchte deshalb an diesem Punkt ausdrücklich an Ihre Solidarität appellieren. Es gibt in jedem System mit Umlageverfahren Nettozahler und Nettoempfänger. Die Rollen können dabei von Zeit zu Zeit durchaus wechseln. Langfristig profitieren aber ohnehin alle Gemeinden von einem leistungsfähigen Landkreis. Belassen sie also bitte dem Landkreis die 30% Kreisumlagehebesatz und freuen Sie sich mit uns über diesen starken Landkreis!

In diesem Sinn komme ich zum Schluss:

Meine sehr geehrten Damen und Herren:

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen wird dem Haushalt 2019 zustimmen.

Wie immer gilt unser herzlicher Dank dem Landrat, allen Mitarbeitern der Verwaltung und auch allen anderen Mitarbeitern der Kreiseinrichtungen. Danken möchte ich im Namen unserer Fraktion auch allen Mitgliedern des Kreistags für die gute Zusammenarbeit. Dies gilt heute nicht nur für das vergangene Jahr, sondern insgesamt für die letzten 5 Jahre.

Ich wünsche Ihnen im Namen unserer Fraktion schöne Festtage und ein friedliches Neues Jahr 2019.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Christian Kaiser

für die Kreistagsfraktion SBK von B90/Die Grünen

Doku-Info:8 Seite(n), 2641 Wörter, 17421 Zeichen